Brennpunkt Irak

Zur Situation der Flüchtlinge

Die totalitäre Diktatur Saddam Husseins

Der Irak ist eine totalitäre Diktatur. Seit 1979 ist Saddam Hussein Staats- und Regierungschef in einer Person, »mit einem rücksichtslos agierenden Staatsapparat im Rücken«, wie die Bundesregierung im Lagebericht zum Irak konstatiert. Regimekritiker oder als Oppositionelle Verdächtigte wurden in den vergangenen Jahren zu Tausenden verhaftet und gefoltert. Frauen werden in Haft systematisch misshandelt und vergewaltigt. Im irakischen Alltag kommt es zu brutalen Körperstrafen, die Todesstrafe wird exzessiv angewendet. Ethnische Minderheiten werden unterdrückt und verfolgt. Zehntausende sind einfach »verschwunden«.

Irakische Flüchtlinge in Deutschland: Dramatischer Fall der Anerkennungsquoten

Die politische Situation im Irak zwingt viele Menschen zur Flucht ins Ausland. Seit langem stellen irakische Flüchtlinge einen großen Teil der Asylsuchenden in Deutschland, seit drei Jahren steht der Irak an vorderster Stelle der Herkunftsländer. Doch immer weniger irakische Flüchtlinge erhalten Asyl. Betrug die Anerkennungsquote des Bundesamtes 2001 noch über 65 %, so fiel sie im ersten Halbjahr 2002 auf 30 %. Im September 2002 betrug sie nur noch 16,5 %. Dabei haben sich die Fluchtgründe nicht geändert, sondern nur deren Interpretation durch deutsche Behörden und Gerichte.

Hauptbegründung für die Verweigerung von Asyl ist, dass irakischen Flüchtlingen unterstellt wird, sie hätten eine so genannte »inländische Fluchtalternative« im Nordirak. Dort, so meinen Behörden und Gerichte, könnten die Menschen ausreichend Schutz finden. PRO ASYL hält die These von der inländischen Fluchtalternative Nordirak für unverantwortlich.

Fluchtalternative Nordirak?

Im Nordirak leben rund 3,7 Millionen Menschen, überwiegend Kurdinnen und Kurden. Die Region, ein Überbleibsel aus dem letzten Golfkrieg, ist zwar seit 1991 faktisch selbstverwaltet, aber weder international anerkannt, noch durch Abkommen oder eine Truppenpräsenz vor einem Wiedereinmarsch des irakischen Militärs geschützt. Die politische Lage ist instabil: Das Bagdader Zentralregime hält beharrlich an der Einheit des Irak und am Anspruch auf das Kurdengebiet fest. Diesen Anspruch hat ihm keine UN-Resolution je streitig gemacht.

Militärische Zugriffe von außen sind jederzeit möglich. Saddams Truppen befinden sich in Schussweite von Häusern und Flüchtlingslagern. Das Kurdengebiet reicht über die Flugverbotszone der Alliierten hinaus. Mehrfach ist es bereits zu Grenzverletzungen und Militärinterventionen gekommen, nicht nur durch das Bagdader Regime, sondern auch durch die angrenzende Türkei und den Iran. Die Türkei hat keinerlei Zweifel daran gelassen, dass sie jede Entwicklung hin zu einer möglichen kurdischen Eigenstaatlichkeit militärisch bekämpfen wird.

Zur labilen Sicherheitslage kommt für Flüchtlinge eine katastrophale Versorgungssituation: Schon heute befinden sich im Nordirak mehrere Hunderttausend Binnenvertriebene. Flüchtlinge, die keinerlei soziale Anbindung haben, haben kaum eine Chance auf Unterkunft und kaum Zugang zur Hilfsgüterverteilung, von denen die Region fast vollständig abhängig ist. Immer mehr Kurden,

die von der Zentralregierung im Rahmen einer »Arabisierungskampagne« vertrieben werden, stranden in elenden Camps entlang der Demarkationslinie zum Zentralirak. Flüchtlinge leben auf der Straße und ernähren sich von Abfällen. Sie fristen ein trostloses Dasein unterhalb des Existenzminimums. Mehr als die schlechten Lebensbedingungen aber fürchten die Menschen, dass Saddam Husseins Truppen wieder einmarschieren könnten. Diese Gefahr wächst mit der Ankündigung eines möglichen Krieges.

Dies alles beeinträchtigt die Einschätzung der deutschen Behörden und Gerichte kaum. Der internationale Flüchtlingsschutz verlangt, dass Flüchtlinge materielle und rechtliche Sicherheit erhalten. Dieser Grundsatz wird zunehmend ausgehöhlt. Als »zumutbar« gilt im deutschen Asylverfahren für Iraker mittlerweile bereits das unsichere Leben in einem nordirakischen Deportiertencamp. Die Leitlinie lautet, Flüchtlinge heimatnah unterzubringen, am besten gleich dort, wo sie herkommen. Dabei ist offensichtlich: Das Provisorium Nordirak bietet Flüchtlingen keinen verlässlichen Schutz.

Der Krieg und die Folgen

Seit die USA und Großbritannien angekündigt haben, den irakischen Diktator Saddam Hussein zu stürzen, droht erneut Krieg im Irak. Ein Krieg wäre eine Katastrophe für das Land, dessen Bevölkerung seit Jahren unter Krieg und Unterdrückung leidet.

Seit 1980 befindet sich das Land mehr oder weniger ununterbrochen im Krieg: Zuerst acht Jahre gegen den Iran, dann

PRO ASYL
Förderverein PRO ASYL e.V.

© Wadi e.V.

gegen die kurdische Bevölkerung, gefolgt vom Einmarsch irakischer Truppen in Kuwait und dem Krieg der Anti-Irak-Allianz 1991. Auch die Herrschaft der irakischen Baathpartei im Innern kommt einem permanenten Krieg gegen die Bevölkerung nahe: Mit Dorfzerstörungen, Verhaftungen, Massenhinrichtungen und dem Einsatz von chemischen Kampfstoffen gegen die Kurden im Norden und die Schiiten im Süden des Irak. Mehr als eine Million Tote hat Saddams Herrschaft in den vergangenen 20 Jahren gekostet. Ende des letzten Golfkrieges folgte die irakische Bevölkerung dem Aufruf der Alliierten. Während des Aufstandes entglitten große Teile des Landes der Kontrolle der Regierung. Doch die versprochene Unterstützung blieb aus. Unter den Augen der Alliierten wurde der Aufstand mit grausamer Gewalt niedergeschlagen.

Im Zentralirak fürchten die Menschen derzeit nicht nur Bombenangriffe von außen: Nach einem Befehl des irakischen Regimes dürfen Sicherheitskräfte im Falle eines anglo-amerikanischen Angriffes auf den Irak jeden, der sein Haus verlässt, ohne Vorwarnung erschießen. Damit will das Regime einen Volksaufstand verhindern.

Im Nordirak halten seit dem frühen Sommer 2002 türkische Truppen einen »Sicherheitsstreifen« entlang der irakisch-türkischen Grenze besetzt. Ziel der Militäroperation ist es, eine erneute Massenflucht aus dem Irak bereits vor der Grenze aufzuhalten.

Auch große Teile der Grenze zum Iran wurden in vergangenen Jahren neu vermint. Die Türkei und der Iran haben so die Konsequenzen aus dem Jahr 1991 gezogen, als rund 2 Millionen Kurdinnen und Kurden vor irakischen Truppen flüchteten. Auch heute kann dies wieder passieren – mit dem Unterschied, dass die lebensrettende Flucht diesmal nahezu unmöglich wird. Der Nordirak ist hermetisch abgeriegelt und kann so schnell zur Todesfalle werden.

Die irakische Regierung lässt keinen Zweifel daran, dass sie zur Sicherung ihrer Macht erneut in den Nordirak vordringen würde. Husseins Drohung, im Falle eines Umsturzversuches Massenvernichtungswaffen auch gegen die eigene Bevölkerung einzusetzen, kommt der Ankündigung einer erneuten Vernichtungskampagne gegen die Menschen im Nordirak gleich. Bereits in den achtziger Jahren hat Husseins Armee dort über 100.000 Menschen ermordet, Städte und Dörfer zerstört und Giftgas gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt.

Die Bundesregierung wendet sich zu Recht gegen einen Militäreinsatz und weist auf die unabsehbaren Folgen für den gesamten Nahen Osten hin. Sie muss sich aber auch für jene einsetzen, die unter einem Krieg zu leiden haben. Nichtstun kommt gegenüber den möglichen Opfern der Beihilfe zur Verfolgung gleich. Demokratische Alternativen zu Saddam Husseins Herrschaft müssen gefordert und gefördert werden. Im Nordirak hat das 1992 frei gewählte Parlament nach jahrelangen inneren Streitigkeiten im Oktober 2002 erstmals wieder getagt und Friedensbeschlüsse zwischen den Parteien ratifiziert. Erste Schritte in Richtung Demokratie werden gegangen. Die Bundesregierung wie auch die anderen europäischen Regierungen müssen diese Bestrebungen unterstützen.

Die Politik der EU-Staaten gegenüber irakischen Flüchtlingen ist geprägt von dem Versuch, sie in der Region zu halten und auf jeden Fall an der Flucht nach Europa zu hindern. Kernpunkte des Aktionsplans zur Fluchtverhinderung und Abschottung sind u.a. der verstärkte Schutz der Außengrenzen und der Versuch, die Türkei zu verstärkten Ausreisekontrollen zu zwingen. Außerdem soll die Türkei die Durchschiebung von irakischen Flüchtlingen in den Nordirak über türkisches Territorium hinnehmen oder ein entsprechendes Abkommen schließen.

Unsere Forderungen

Im Koalitionsvertrag haben die Regierungsparteien formuliert: »Grundlagen für ihr außenpolitisches Handeln sind Beachtung des Völkerrechts, Eintreten für Menschenrechte, Dialogbereitschaft, Krisenprävention, Gewaltverzicht und Vertrauensbildung.« Wer in der Außenpolitik glaubwürdig für die Achtung der Menschenrechte eintreten will, muss sich auch im Innern dafür einsetzen und Flüchtlinge, die vor Menschenrechtsverletzungen fliehen, schützen.

Wir fordern:

- faire und sorgfältige Asylverfahren;
- Beendigung des Ausreisedrucks gegen irakische Flüchtlinge;
- Korrektur des Lageberichtes des Auswärtigen Amtes, in dem der Nordirak als inländische Fluchtalternative bezeichnet wird;
- die Nachbarstaaten müssen ihre Grenzen für Flüchtlinge öffnen und offen halten;
- eine gemeinsame europäische Aufnahmepolitik für irakische Flüchtlinge anstelle koordinierter Abschottung.

Wir erinnern die Bundesregierung an ihr Versprechen: »Wir messen der weltweiten Durchsetzung von Menschenrechten zentrale Bedeutung zu. Internationale Friedenssicherung kann nur mit Schutz und Umsetzung von Menschenrechten erfolgreich sein.«
(Koalitionsvertrag, 16. Oktober 2002)

Herausgeber:
Förderverein PRO ASYL e.V.
Postfach 160624,
60069 Frankfurt/M.
Telefon: 069/23 06 88,
Fax: 069/23 06 50
Internet: www.proasyl.de
E-mail: proasyl@proasyl.de
Spendenkonto-Nr. 8047300
Bank für Sozialwirtschaft Köln,
BLZ 370 205 00

Veröffentlicht im November 2002

PRO ASYL
Förderverein PRO ASYL e.V.